

Niederschrift

über die Sitzung des Verbandsgemeinderates Rhaunen am Mittwoch, dem 09. März 2016
2016, 18.00 Uhr, im Sitzungssaal der Verbandsgemeindeverwaltung, Zum Idar 23 in Rhaunen

Anwesend waren:

Bürgermeister Dräger als Vorsitzender

Die Ratsmitglieder:

1. Manfred Klingel
2. Hermann Schub
3. Rudolf Kronz
4. Christel Roth-Janitz
5. Werner Krug
6. Gisela Münch-Kronz
7. Gerd Dahlheimer
8. Günter Weckmüller
9. Klaus-Peter Hepp
10. Hermann Sauer
11. Horst Sagel
12. Michael Brzoska
13. Nadine Voigt
14. Joachim Mix
15. Horst Kreischer
16. Reiner Bleisinger
17. Peter Ackermann

Die Ortsbürgermeister/innen:

1. Born, Bollenbach
2. Brzoska, Bundenbach
3. Beigeordneter G. Weckmüller, vertretend für Herrn OB Friedrich, Hausen
4. Piontek, Hellertshausen
5. Hepp, Horbruch
6. Kreischer, Hottenbach
7. Klingels, Oberkirm
8. Klingel, Rhaunen
9. Müller, Schauren
10. Roth-Janitz, Schwerbach
11. Schmäler, Sulzbach

Verhandelt, Rhaunen, den 09. März 2016.

Nach vorheriger schriftlicher Einladung unter Mitteilung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung haben sich die Mitglieder des Verbandsgemeinderates Rhaunen und die Ortsbürgermeister der verbandsangehörigen Gemeinden, wie nebenstehend aufgeführt, im Sitzungssaal der Verbandsgemeindeverwaltung versammelt.

Bürgermeister Dräger eröffnet gegen 18:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sodann stellt er die Beschlussfähigkeit des Verbandsgemeinderates fest. Anschließend teilt er mit, dass Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung in der Idarwald-Rundschau vom 02.03.2016 bekannt gemacht wurden.

Gegen die Form der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Zum Schriftführer wird Wolfgang Petry bestellt.

Auf Einladung:

- 1. Beigeordneter Wichter
- Beigeordneter Anhäuser
- Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz
- Landespolizeischule:
 - Dienststellenleitung, Herr Durben
 - Herr Groh, Vorsitzender des Freundeskreises der Hochschule
 - Herr Tracht, IT-Beauftragter der HS
- Fachbereichsleiter R. Erbes
- Verwaltungsmitarbeiter A. Christ
- Fachbereichsleiter H. Petry
- Fachbereichsleiter H.-D. Weyand
- Verbandsgemeindeverwaltungsrat W. Petry

Nicht anwesend:

Beigeordnete:

1. Monika Theobald

Ratsmitglieder:

1. Lukas Listner
2. Sascha Diepmans
3. Alfred Wenz
4. Monika Theobald
5. Dr. Jürgen Fink

Ortsbürgermeister:

1. Haffa, Asbach
2. Echternacht, Gösenroth
3. Friedrich, Hausen
4. Klein, Krummenau
5. Marx, Stipshausen
6. Ripp, Weitersbach

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

1. Vorstellung der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz und des Freundeskreises
2. Beratung und Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016
3. Beratung und Beschlussfassung über die Teilnahme der VG Rhaunen am EU LIFE IP Projekt ZENAPA
4. Mitteilungen/Anfragen
5. Durchführung einer Einwohnerfragestunde

Es wurde wie folgt beraten und beschlossen:

Niederschrift über die

Öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates am 18. Februar 2016

Tagesordnungspunkt: 1

Seiten:

Anlagen: 1 Anfrage

Vorstellung der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz und des Freundeskreises

Der Leiter der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz, Herr Durben, stellte die Hochschule vor. Pro Jahr würden zum 01. Mai und 01. Oktober je 250 Inspektorenanwärter eingestellt. Dezember 2017 habe man dann 1500 Anwärter in der Ausbildung, die auch einen anerkannten Hochschulabschluss „Bachelor of Arts“ bei erfolgreichem Abschluss des Bachelor-Studiums erreichen würden.

310 Mitarbeiter seien an der Hochschule beschäftigt. Es würden sich auch um die 5500 Bewerber für einen Bachelor-Lehrgang bewerben; aber nur wenige kämen aus der Region.

Beispiel VG Rhaunen: 24 Bewerber – 2 Studenten.

Fragen aus dem Gremium wurden von Herrn Durben beantwortet. Herr Groh, Vorsitzender des Freundeskreises der Hochschule, stellte den Verein und dessen Tätigkeiten dar. Gemeinden, die Mitglied des Freundeskreises werden möchten, sollten sich melden. Über die Beitragshöhe könne man ggfs. auch reden. Ziel sei es, möglichst viele Förderer zu finden. An Hand von Beispielen wurde dargestellt, für was sich der Verein einsetzt und wie auch Firmen aus der Region von Aufträgen und Projekten profitieren könnten.

Eingeladen wurde zum Tag der offenen Tür am 18. September 2016. Die Polizeischule sei dann schon 20 Jahre am Hahn tätig.

| | | |
|---|-----------|-------------------------|
| Öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates am 09. März 2016 | | |
| Tagesordnungspunkt: 2 | Seiten: 3 | Anlagen: 1 und 1 HHPLAN |
| Beratung und Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den Haushaltsplan der Verbandsgemeinde Rhaunen für das Haushaltsjahr 2016. | | |

Vorberatung erfolgte in der Sitzung des:

Schulträgerausschusses am 18. November 2015, des Ausschusses für Tourismus und Marketing am 30. November 2015 und des Haupt- und Finanzausschusses am 02. Februar 2016.

Die Haushaltssatzung für 2016 wurde bereits mit den Plänen der VG-Werke am 08. Dezember 2015 vom Verbandsgemeinderat beschlossen.

Ablaufendes Jahr 2015:

Im letzten Haushaltsjahr wurde vom Verbandsgemeinderat kein Nachtragshaushaltsplan für 2015 beschlossen. Die Ursprungsplanung wurde vom Rat am 3. März 2015 verabschiedet.

Mittlerweile ist die Finanzrechnung für 2015 (endet am 31. Dez. 2015) abgeschlossen. Der Geldmittelbestand (Liquidität), der sich zum 31. 12. 2015 auf 684.350 € erhöhen sollte, beträgt nun 214.273 €. Auf den ersten Blick bedeutet dies eine Verschlechterung von 470.077 €. Jedoch kann für 2015 noch ein (Teil)Kredit aufgenommen werden! Dieser Teilkreditbedarf beträgt 509.598 €.

Bezieht man die Kreditaufnahme in die Betrachtung ein, so ergibt sich eine Verbesserung von 39.521 €.

Der Investitionssaldo (Netto) verminderte sich von 1.976.243 € um 966.645 € auf 1.009.598 €. Die nicht vollzogenen Investitionen wurden größtenteils wieder in die Planung für 2016 aufgenommen. Der geplante Kreditbedarf für 2015 verminderte sich somit ebenfalls von bisher 1.976.243 € auf 1.009.598 €. Hiervon aufgenommen wurde entsprechend des Baufortschritts an den Schulen im Oktober 2015 bereits 500.000 €, so dass noch 509.598 € aufgenommen werden können.

Verwaltungsseitig wurde mittlerweile entschieden, den Restkredit für 2015 lediglich in Höhe von 159.598 € aufzunehmen und 350.000 € aus eigenen Mitteln (Geldbestand/Liquidität) zu finanzieren.

Die Verbesserungen im Finanzhaushalt werden auch größtenteils Verbesserungen im **Ergebnishaushalt** zur Folge haben. Da für das Ergebnis jedoch noch viele Buchungen für 2015 fehlen, ist derzeit eine belastbare Aussage zum Ergebnis (lt. Plan = - 156.119 €) nicht möglich.

Haushaltsplan 2016:

Im Ergebnishaushalt wird bei Erträgen von 5.273.702 € und Aufwendungen von 5.397.622 € für 2016 ein **Jahresfehlbedarf in Höhe von 123.920 € erwartet.**

Die Produktübersicht auf den Seiten 47 und 48 vermittelt einen Gesamtüberblick von 2008 - 2016. Die größten Planveränderungen gegenüber 2015 werden auf Seite 49 zusammengefasst.

Im Ergebnis ist der gespiegelte Jahresgewinn für 2016 des Kanalwerkes (= + 45.544 €) und der Verlust des Wasserwerkes (= - 174 € -entsprechend den Werksplänen-), also in der Summe + 45.370 €, enthalten. Dem **Abschreibungsaufwand** von 429.766 € stehen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 233.316 € (= **Netto 196.450 €**) gegenüber. Nur im Ergebnishaushalt erscheinen auch die **Rückstellungen für Pensionslasten einschließlich Beihilfen** der Verbandsgemeinde Rhaunen für ihre Beamte und Versorgungsempfänger, die von der Rhein. Versorgungskasse Köln neu berechnet wurden und 2016 mit lediglich 68.080 € (Nettoaufwand, Seiten 54+55) beziffert werden.

Rückstellungen (nicht zahlungswirksam) für **bewilligte Altersteilzeit** sind beim Produkt 1161 (Finanzen, S. 60) in Höhe von – 44.613 € veranschlagt.

Geprägt wird der vorliegende Ergebnishaushalt von Instandhaltungsaufwendungen von 122.400 € (Übersicht Seite 111 ff.) **und von der beim Produkt 6110 (Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen) verbesserten Finanzausstattung** (Seite 109). Bei Erträgen von 3.164.299 € und Aufwendungen von 410.602 € wird ein **Überschuss von 2.763.127 €** ausgewiesen, was eine **Verbesserung von 67.771 €** gegenüber 2015 bedeutet. Ein Punkt der Verbandsgemeindeumlage beträgt 52.551 € (Seite 23). **Die Umlage wurde auf 42 Umlagepunkten (wie bereits von 2010 bis 2013 und 2015) belassen.**

Bei den **Personalausgaben**, die in der Summe 2.427.900 € betragen und sich über den gesamten Plan verteilen, ist gegenüber 2015 eine **Erhöhung** von 21.800 € (+ 0,91 %) eingeplant. Bei den Personalkosten wurde für die tariflich Beschäftigten die im Tarifvertrag (Ab-lauf Ende Februar 2016) vereinbarten Steigerungen von 2,4 % ab März 2016 eingerechnet. Bei der Beamtenbesoldung wurde eine Anpassung von 2,3 % ab März 2016 berücksichtigt. Auf die besonderen Erläuterungen auf den Seiten 216-221 und den Stellenplan (Seite ff.) wird verwiesen.

| |
|--|
| <p>Die Entwicklung der Jahresergebnisse mit ihren Besonderheiten ist zusammenfassend auf der Seite 117 dargestellt.</p> |
|--|

Der **Finanzhaushalt** bildet die Zahlungsströme (Ein- und Auszahlungen bei der Verbandsgemeindekasse inkl. Investitionen und Kredittilgungen) ab. Er beginnt jeweils am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

Geprägt wird der Finanzhaushalt vom Um- bzw. Anbau der Schule mit Toilettentrakt entsprechend dem Raumprogramm der Integrierten Gesamtschule, der mit (Rest-) Baukosten von 968.373 € und einer anteiligen Landeszweisung von 105.000 € in 2016 berücksichtigt wurde. Die Gesamtkosten für die Erweiterung der Schulen betragen statt der ursprünglichen 1.850.000 € nun 1.902.000 €. Die Mehrkosten von 52.000 € entstehen durch eine zusätzlich zu installierende Amok- und Lautsprecheranlage.

Zu den Gesamtkosten wird eine Landeszweisung von 725.000 € und eine Kreiszuwendung von 120.900 € gewährt, **so dass von der VG ein Eigenanteil von 1.056.100 € finanziert werden muss.** Laut Bescheid vom 15. Okt. 2014 wurden vom Land für 2015 = 50.000 € und für 2016 = 105.000 € bewilligt. Wann die Restsumme abgerufen werden kann ist noch unbestimmt. Die Finanzierung dieser großen Baumaßnahme bindet in Zukunft (ohne Vorfinanzierungseffekt, der auch erheblich ist) Mittel von jährlich rund 50.000 € (zugrunde gelegt Konditionen der KfW von 1,0 % Zinsen und 4 % Tilgung bei 5jähriger Tilgungsfreiheit).

Im vorliegenden Finanzhaushalt wird für 2016 eine **Veränderung des Finanzmittelbestandes in Höhe von 203.597 €** erwartet. Dieser ergibt sich aus der Summe der ordentlichen Ein- und Auszahlungen in Höhe von + 140.163 €, dem Saldoder Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von – 998.683 € und der Summe der Finanzierungstätigkeit in Hö-

he von + 1.062.117 € (s.a. § 1 der Haushaltssatzung). Bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit handelt es sich um die Aufnahme eines Kredites für die Netto-Investitionen 2016 (= 998.683 € und noch für 2015 = 159.598 €) sowie bei den Auszahlungen um die ordentlichen Kredittilgungen in Höhe von 78.780 € und eine Kreditsondertilgung von 17.384 € zum 15. 02. 2016.

Die in der Planung berücksichtigten **Investitionen** und hierfür vorgesehene Finanzierungsmittel sind in besonderen Übersichten (Seiten 206 - 207) dargestellt.

Wie bereits oben erwähnt, verfügt die Verbandsgemeinde laut Kassenabschluss 2015 und Abschluss des Finanzhaushaltes 2015 -jeweils zum 31. Dez. 2015- über eine Liquiditätsreserve (= **eigener Geldbestand**) von 214.273 € (Seite 214). Für 2016 sieht die Planung vor, dass dem Geldbestand weitere 203.597 € zugeführt werden können.

Die **Schulden** betragen am 31.12.2016 = 3.614.388 € (Ende 2015 = 2.552.270 €, Seite 210). Zur Finanzierung der Investitionen ist die maximal zulässige Kreditaufnahme in Höhe von 1.158.281 € (davon 159.598 € für 2015) geplant (§§103 und 94 Abs. 4 GemO). **Ende 2016 werden für das HLF 20/16 und den Schulanbau von der VG noch 599.974 € an Landeszuweisungen vorfinanziert.** Davon liegt nur eine Abrufbewilligung über 29.974 € für das HLF 20/16 vor. Wann der Rest abgerufen werden kann ist momentan unbestimmt. Zudem werden für die Schule vom Kreis in 2017 noch 60.900 € erwartet. Ein Darlehen kann nur für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aufgenommen werden und nur, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzumutbar wäre.

Die Berechnung der dauernden Leistungsfähigkeit (dunkelgelbe Seite 204, sogenannte freie Finanzspitze) ergibt für 2016 eine **positive freie Finanzspitze von + 61.383 €**. **Auch in den Folgejahren 2017 bis 2019 werden positive freie Finanzspitzen ausgewiesen.**

Die Genehmigungsverfügung zum letztjährigen Haushalt ist beigelegt. (**Anlage 1**)

Die Finanzlage der einzelnen Ortsgemeinden und die Entwicklung des Eigenkapitals ist aus den Seiten 255-256 erkennbar.

Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat, den Haushaltsplan und die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit dem Stellenplan und den Investitionen in der vorliegenden Form zu beschließen.

Die Verbandsgemeindeumlage wird weiterhin auf 42 Prozentpunkte festgesetzt.

Beratung:

Bürgermeister Dräger verwies auf Verbesserung von 39.521,00 € im Vergleich von Finanzplan und Finanzrechnung des Jahres 2015. Basierend auf diesem Ergebnis habe man die kassenwirksamen Ansätze des Jahres 2016 geplant. Man habe des Weiteren entschieden aus der Kreditermächtigung der Haushaltssatzung des Jahres 2015 statt rund 509.000,00 € einen Kredit in Höhe von 159.598,00 € aufzunehmen. 350.000,00 € habe man aus dem Geldbestand entnommen.

Des Weiteren wies er auf die Bindungswirkung des Haushaltsplanes hin. Mit den Festsetzungen werde die Verwaltung ermächtigt, die dort enthaltenen Maßnahmen durchzuführen und Aufgaben zu erfüllen. Die Entscheidung über den Haushalt sei damit wohl das wichtigste Recht des Gemeinderates.

Auch der Finanzhaushalt 2016 werde maßgeblich durch die Investition am Schulgebäude in Rhaunen geprägt. Im Investitionsplan seien hierfür 968.000,00 € eingeplant und darüber hinaus weitere Investitionen in Höhe von 313.000,00 €.

Auch im Ergebnishaushalt gelänge es gestaltend tätig zu werden. Im Bereich Tourismus plane man Aufwendungen in Höhe von 100.000,00 € ein, im Bereich der Bauunterhaltung an verschiedenen Gebäuden Aufwendungen in Höhe von 122.000,00 € und auch das Freibad sei mit 141.000,00 € zu unterhalten. Wichtige Posten seien des Weiteren das Produkt Brandschutz in Höhe von 290.000,00 € und Unterhaltungsaufwendungen am Schulstandort in Höhe von 474.000,00 €.

Der Schuldenstand steige auf 3,6 Mio. €, wobei 600.000,00 € an Zuschüssen vorzufinanzieren seien und auch dem Schuldenstand ein Geldmittelbestand von 415.000,00 € gegenüber stände.

Bei unveränderter Umlagehöhe von 42 Umlagepunkten ergäbe sich eine freie Finanzspitze von 61.383,00 €.

Der Vorsitzende hält die knappen Haushaltsmittel für bedarfsgerecht eingesetzt und es bleibe auch die Möglichkeit gestaltend zur nachhaltigen Entwicklung der Ortsgemeinden und der Verbandsgemeinde einzuwirken.

Fraktionssprecher Rudolf Kronz (SPD) wies darauf hin, dass der Haushaltsplan mit einem Verlust von 124.000,00 € geplant sei. Der Verlust sei nicht liquiditätswirksam, allerdings würden Abschreibungen und Rückstellungen für Pensionslasten nur zu ca. 60 % abgedeckt.

Instandhaltungsaufwendungen an den Verwaltungsgebäuden und an der Schule seien zwar für 122.000,00 € vorgesehen. Unterlassene Instandhaltungen führten jedoch zwangsläufig zu höheren Aufwendungen in künftigen Jahren, die ohne Rücklagen in voller Höhe aus Darlehen finanziert werden müssten. Anders als von der Kommunalaufsicht in der Genehmigung des letztjährigen Planes empfohlen, werde trotz dieser Ausgangslagen die Verbandsgemeindeumlage nicht erhöht.

Positiv anzumerken sei, dass im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Einwohner zum Stichtag nur um 19 Einwohner gesunken sei. Für die kommunalen Haushalte (Schlüsselzuweisungen) sei dies ein nicht zu unterschätzender Faktor und vielleicht habe ja auch der Verbandsgemeinderat mit den Entscheidungen beigetragen, ein Schulangebot in Form der IGS mit zu finanzieren, die Schulsozialarbeit zu finanzieren oder auch die Verpflegung in der Ganztagschule mit Zuschüssen zu verbilligen.

Die Aufwendungen für das Freibad oder auch im Bereich Tourismus kämen nicht nur dem eher bescheidenen Faktor Fremdenverkehr zu Gute; dies wären auch Angebote für eine Freizeitgestaltung der Bürger.

Nebst der angespannten Haushaltssituation gelte es weiter gemeinsam die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Die SPD werde deshalb dem Haushaltsplan und der Haushaltssatzung so wie vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlen, zustimmen.

Fraktionssprecher Klaus-Peter Hepp (CDU) kritisierte, dass die kommunalen Träger die landespolitisch gewollten Investitionen jahrelang vorfinanzieren müssten und die zugesagten Zuschüsse nur zeitverzögert flössen. Kritisch merkte Ratsmitglied Hepp an, dass die Umlage bei der Verbandsgemeinde bei 42 Prozentpunkten bleibe und nicht um einen Punkt gesenkt werde. Mit der Erhöhung der Kreisumlage auf 44 Prozentpunkte bleibe den Ortsgemeinden für ihre eigenen Aufgaben knapp 14 % ihres Steueraufkommens.

Die Personalkosten hätten eine Quote von 50,1 % des Ausgabebedarfes im Ergebnishaushalt erreicht und seien damit ökonomisch hart an der Grenze. Über die Aufwendungen im Brandschutz, dargestellt auf Seite 66 des Planes, müsse im Haupt- und Finanzausschuss nochmals beraten werden um eine Gleichbehandlung aller Einrichtungen in den Ortsgemeinden zu gewährleisten.

Entgegen der Empfehlung der Kommunalaufsicht bei der letztjährigen Haushaltsgenehmigung hätte angesichts der nach wie vor hohen Einnahme aus der Verbandsgemeindeumlage und der eigenen Steuerkraft der Verbandsgemeinde, die Umlage auch gesenkt werden können.

Angesichts der noch ausstehenden Investitionen bzw. Unterhaltungsaufwendungen wäre auch bei den im nächsten Tagesordnungspunkt anstehenden Verpflichtungen für die kommenden Jahre kein Ende der Umlagespirale in Sicht. Eine stärkere Beteiligung der Ortsgemeinden bei Entscheidungen dieser Art wurde gefordert.

Trenne man sich allerdings nicht von liebgewordenen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie Freibad, Saar-Hunsrück-Steig oder Traumschleifen oder kürze man nicht bei Investitionen und Ausgaben des Brandschutzes oder an den Schulen bleibe kein Spielraum für Einsparungen. Die Aufgabe Brandschutz sei aus Gründen der Gefahrenabwehr aber wichtig und Investitionen in den Schulen sei für die Zukunftssicherung der Verbandsgemeinde und der Ortsgemeinden wichtig und die Einrichtungen wie Freibad und Wanderwege kämen auch den Bürgerinnen und Bürgern, den Jugendlichen und Kindern aus der Verbandsgemeinde zu Gute.

Festzustellen bleibe, dass die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausgestattet seien. Dem Haushalt stimme die CDU-Fraktion zu.

Für die FDP schloss sich Joachim Mix den bisherigen Ausführungen an und insbesondere sei festzustellen, dass der ländliche Raum bei der Bewältigung seiner Aufgaben alleine gelassen werde und die Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung schon sehr bedenklich sei.

Weitere Aufwendungen in den Jahren 2017 und 2018 seien abzusehen. Tendenziell werde daher der Umlagebedarf eher steigen als sinken.

Reiner Bleisinger (stellvertretender Fraktionssprecher der LUB) kündigte ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktionsmitglieder an und bedenklich seien die hohen Ausgaben beim Personal und beim Schuldendienst.

Für gestalterische Ansätze bliebe deshalb immer weniger Raum.

Beschluss des Verbandsgemeinderates:

Nach längerer Aussprache beschließt der Verbandsgemeinderat den Haushaltsplan mit dem Stellenplan und die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Verbandsgemeinde Rhaunen für das Haushaltsjahr 2016 in der vorliegenden Form.

| | Ja | Nein | Enth. |
|--------------------|-----------|-------------|--------------|
| Abstimmung: | 18 | 0 | 0 |

Niederschrift zur

**Öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates
am 09. März 2016**

Tagesordnungspunkt: 3

Seiten: 1

Anlagen: --

Beratung und Beschlussfassung über die Teilnahme der VG Rhaunen am EU LIFE IP Projekt ZENAPA

Sachverhalt:

Der Umwelt-Campus Birkenfeld, in Person von Prof. Dr. Peter Heck, hat der VG Rhaunen die Teilnahme an einem EU Projekt angeboten. Das Projekt ZENAPA (Null Emissionen Großschutzgebiete) mit einem Gesamtvolumen von ca. 18 Mill. Euro wird voraussichtlich im November 2016 beginnen und dann 8 Jahre laufen. Der Umwelt-Campus Birkenfeld hat im Oktober 2015 ein Konzept eingereicht und wurde von der EU Kommission aufgefordert bis April 2016 einen Vollertrag einzureichen. Die Chancen für eine endgültige Bewilligung stehen gut, aber es ist noch nicht final entschieden. Die Qualität des Antrages und der Partner sind daher von großer Bedeutung.

Es geht im Prinzip um die Vereinbarkeit von Naturschutz/Biodiversität und Energiewende in Deutschland und Europa. Von einfachen Einspar- und Effizienzprojekten (LED, Dämmung, Solar, Wind Biomasse, Elektromobilität, etc.) bis zu Vogelschutz- und Moorvernässungsstrategien reicht die Palette von Projekten, die über 8 Jahre an ca. 12 Standorten in Europa durchgeführt werden. In RLP sind der Nationalpark Hunsrück Hochwald, die Biosphäre Pfälzerwald und der UNESCO Geopark Eifel weitere Partner.

Die VG Rhaunen wird als Modellgemeinde für nachhaltigen Klimaschutz zusammen mit den Großschutzgebieten in Deutschland, Belgien und Luxemburg über 8 Jahre Projekte in den Bereichen Energieeffizienz und Erneuerbare Energien durchführen. Konkret werden die folgenden Maßnahmen durchgeführt:

- Es wird ein Klimaschutzmanager über einen Zeitraum von 5 Jahre eingestellt, der allen Ortsgemeinden als Berater zur Verfügung steht
- Es werden 5 Quartierskonzepte finanziert, die als Grundlage für ein Nahwärmenetz in einem Dorf oder für Elektromobilität oder die Nutzung von Solarenergie dienen können. Mit diesen Konzepten können die beteiligten Kommunen eine weitere Förderung für einen Quartiersmanager beantragen, der die Umsetzung unterstützt.
- Es werden auf 2 öffentlichen Gebäuden PV-Speichersysteme zur Nutzung von Solarstrom installiert. Die Gesamtinvestition beträgt ca. 60.000 Euro.
- Es werden 1 oder gegebenenfalls 2 Nahwärmenetze errichtet. Die Gesamtinvestition beträgt mind. 660.000 Euro, wobei die Förderung der Investitionssumme mind. 400.000 Euro betragen wird. Die Standorte für die Nahwärmenetze werden im Rahmen des Projektes definiert. Sollten keine geeigneten Standorte gefunden werden, werden die Mittel für andere Investitionen mit CO₂-Einspareffekt verwendet.
- Es werden an Grundschulen Kinderklimaschutzkonferenzen durchgeführt.

- Es werden Kampagnen zur LED Straßenbeleuchtung, Ersatz von Heizungsumlaufpumpen durchgeführt.

Insgesamt werden im Rahmen des Projektes ca. 1,2 Mill. Euro in der VG Rhaunen verausgabet. Davon sind ca. 720.000 Euro rentierliche Investitionen.

Die VG Rhaunen erhält Fördermittel in Höhe von ca. 427.000 Euro von der EU und kann ca. 515.000 Euro Förderung aus Bundesmitteln (KfW und BMUB) erhalten.

Die VG Rhaunen muss

- als Co-Finanzierung für die Teilhabe an diesem Projekt eine Projektpauschale von 240.000 Euro entrichten und 45.000 Euro Eigenanteil an der Finanzierung des Klimaschutzmanagers beitragen.
- Die Kosten des Klimaschutzmanagers, die nicht von der EU gefördert werden als Co-Finanzierung einbringen.
- Rentierliche Investitionsprojekte, wie Solar/Speichertechnologien und Nahwärmenetze, die zum Beispiel durch die AÖR durchgeführt werden, als Eigenleistung der VG Rhaunen in das Projekt in das EU Projekt einbringen.
- Des Weiteren muss die VG Rhaunen sich zu umweltfreundlicher Beschaffung verpflichten. Dies ist eine Auflage der EU Kommission zumindest für die Dauer des Projektes und erhöht die Chancen auf die Projektgenehmigung. Alle Projektpartner werden hierzu eine Vereinbarung unterzeichnen.

Beratung des Verbandsgemeinderates:

Der Vorsitzende trug ergänzend zur Sitzungsvorlage vor, dass als Antragsteller des Projektes bei dieser eu-weiten Ausschreibung das Institut für angewandtes Stoffmanagement (IfaS) auftritt. IfaS sei ein Teil der Hochschule Trier.

Kritisch hinterfragt wurde die finanzielle Auswirkung für die Verbandsgemeinde und verbunden damit die Frage der Höhe der Verbandsgemeindeumlage in den Jahren ab 2017 ff., wenn denn die Bewerbung Erfolg hat und die Zusage der Verbandsgemeinde Rhaunen auch erfüllt werden muss.

Verwaltungsobererrat Weyand erläuterte die Kostenansätze. Die Stelle des Klimaschutzmanagers werde auf 5 Jahre zu 85 % gefördert. Die Verfügbarkeit einer kompetenten Person, beschäftigt bei der Verbandsgemeindeverwaltung, verfügbar für alle Ortsgemeinden und Bürgerinnen und Bürger aus der Verbandsgemeinde, sei der zunächst greifbare Gegenwert der Beteiligung.

Diese Personalausgabe müsste auch aus dem Verbandsgemeindehaushalt finanziert werden (Eigenanteil laut IfaS geschätzt mit 5 Jahren zu je 9.000,00 €). Die Gesamtpersonalkosten des Klimaschutzmanagers, bestehend aus Eigenanteil der Verbandsgemeinde und gefördertem Anteil durch das Programm, würden als Eigenanteil der Verbandsgemeinde eingebracht. Trotzdem seien noch für 8 Jahre jährlich 30.000,00 € an Kosten gegenüber IfaS zuzusichern. Für diese Ausgaben stünden konkret zum jetzigen Zeitpunkt keine messbaren Erträge gegenüber.

Allerdings verweisend auf die gerade in diesem Jahr geflossene Förderung zur Installation einer Lüftungsanlage in der Mensa, halte er es für besonders wichtig, mit Hilfe des Projektes

Pläne für Gebäudesanierungen, z. B. in der Schublade zu haben, um dann mit entsprechenden Fördermitteln bei Generalsanierungen oder Unterhaltungsmaßnahmen auf Fördertöpfe zugreifen zu können.

Bürgermeister Dräger wies darauf hin, dass sich zum jetzigen Zeitpunkt keine Gegenrechnung aufmachen lasse. Er gehe aber davon aus, dass alleine angesichts der künftigen Unterhaltungsmaßnahmen an verschiedenen Gebäuden der Ortsgemeinden als auch der Verbandsgemeinde Einsparungen zu erzielen seien. Von daher könne auch heute nicht darüber spekuliert werden, ob die Verbandsgemeindeumlage im Haushaltsjahr 2017 deshalb erhöht werden müsse oder nicht.

Die Ortsbürgermeister seien in einer eigens dafür anberaumten Besprechung durch einen Vortrag von Prof. Heck mit Zahlenmaterial auch zu den im Beschlussvorschlag genannten Kosten informiert worden. In dieser Besprechung seien zwar kritische Fragen gestellt worden. Es habe aber auf die Frage, ob die Verbandsgemeinde das Projekt weiter verfolgen soll, in dieser Sitzung und bis zur heutigen Ratssitzung keine gegenteiligen Aussagen seitens der Ortsbürgermeister an die Verwaltung gegeben.

Beschluss:

Der VG-Rat beschließt aufgrund der vorstehenden Ausführungen die Teilnahme an dem beschriebenen LIFE IP Projekt ZENAPA zu beantragen. Der Bürgermeister wird ermächtigt die für die Teilnahme notwendigen Erklärungen abzugeben.

Die Finanzierung der sich aus dem Projekt voraussichtlich ergebenden Kosten in Höhe von ca. 285.000,00 € (ohne Kostenanteile an Investitionsprojekten) sollen in den Haushaltsplänen 2017 und Folgejahre eingeplant werden, und zwar 240.000,00 € an Projektteilnahmekosten (8 Jahre zu je 30.000,00 €) und 45.000,00 € Eigenanteil für die Personalkosten eines Klimaschutzmanagers (5 Jahre zu je 9.000,00 €).

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Niederschrift zur

| | | |
|---|-----------|-------------|
| Öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates am 09. März 2016 | | |
| Tagesordnungspunkt: 4 | Seiten: 1 | Anlagen: -- |
| Mitteilungen/Anfragen | | |

4.1:

Der Vorsitzende teilte mit, dass auf Antrag der Verbandsgemeinde diese durch Urkunde der Umweltministerin nun auch schriftlich zur Nationalparkregion gehörig erklärt worden sei.

Nachdem keine weiteren Fragen an den Vorsitzenden herangetragen wurden, wurde die öffentliche Sitzung gegen 20:20 Uhr geschlossen.

Der Vorsitzende

Der Protokollführer

Gez. Georg Dräger
Bürgermeister

gez. Wolfgang Petry